

hener Kap-
Pünf-
ereis
er-
einer
eine
Hier-
im
alien.
von
von
der
der
erlin
auf-
schenf
FrL.
reitet
abel-
olin-
keine
enfo
kann
Ge-
dorf
nee-
Bei-
Zer-
orf-
die
hen-
tion
men
26.
trag
wel-
ver-
tigt
de-
be-
elbst
ung
hem
gen-
Ber-
mit
den
in
nd-
—
der
ster
—
den
lich
die
nd
ten
var
ute
der
Du
ben
!"
ur,
och
ade
ste
jen
nen
ne
Da
nd
en,
uf-
en.
er
alle
en.
en.
we-
eige

von Auerbach — ausführlich zu berichten. Wie das Blatt sich den Bericht verschafft hat, ist bisher noch nicht bekannt.

— Einen Gegenstand der Tagesordnung der am 15. d. abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten in **Wurzen** bildete die Deckung des Verlustes durch den Verkauf eines Gutes in Langenstrieß. Die Wurzen Stadtgemeinde hatte seiner Zeit zur Rettung ihres Kapitals, mit welchem sie das Grundstück in Rücksicht auf die für das Darlehnsgefluch abgegebene Schätzung beliehen hatte, dasselbe im Subhastationsstermine erstehen müssen. Bei dem Verkaufe hat sich nun ein Verlust von 16,425 Mk. 21 Pf. ergeben. Nach Vorschlag des Rathes soll derselbe dadurch gedeckt werden, daß er zur einen Hälfte aus einem Reingewinn der Sparkasse und zur anderen Hälfte aus dem Reservefonds für Kursverluste getilgt wird. Dem Rathesbeschlusse wird einstimmig beigetreten.

Aus dem Sachsenlande.

— Für die Entdeckung des Mörders, welcher den Tod des Kaufmanns Friedrich Kurt Otto in **Leipzig** verursacht hat, setzte das kgl. Justizministerium eine Belohnung von 500 Mk. aus. Das Leipziger Polizeiamt hat bekanntlich 200 Mk. zu dem gleichen Zwecke ausgesetzt.

— Die fortgeschriebene Bevölkerungsziffer der Stadt **Chemnitz** betrug am 1. Februar 207,437.

— In **Chemnitz** wurde am Dienstag früh eine 90 Jahre alte Wittve in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden.

— Zwischen den Ordnungsparteien in **Chemnitz** schweben Verhandlungen über eine Landtagskandidatur des Herrn Fabrikanten Johannes Reineder für den seither socialdemokratischen Wahlkreis Chemnitz II, die in kürzester Frist zum Abschluß gelangen dürften. Herr Reineder gehört der konservativen Partei an.

— Eine große öffentliche Protestversammlung gegen den geplanten Getreidezoll findet morgen Freitag in **Meerane** im Saale des „Thüringer Hofes“ statt, bei welcher Reichstagsabgeordneter J. Auer aus Berlin sprechen wird.

— In **Birna** hat sich der Schulausschuß entschieden gegen das Zugabe kleiner Geschenke in den Buchbindenläden ausgesprochen. Mit Buchbindern, die von dieser Sittlichkeit nicht lassen, soll die Geschäftsverbindung abgebrochen werden.

— Der Baufrach hat dem Dresdner Vororte **Lößtun** einen derartigen Ausfall an Besitzveränderungsabgaben gebracht, daß die Gemeindefinanzen von 8 1/2 auf 11-fache des einfachen Steuerfahes erhöht werden müssen.

— Die **Crimmitschauer** „St. u. L.-Ztg.“ schreibt unterm 17. d.: Heute traf bei uns eine aus Peking (Tsungli-Damen) vom 20. December datirte Feldpostkarte ein, auf welcher unser ehemaliger Lehrling, der jetzige Seesoldat Hermann Nestler, mittheilt, daß er gegenwärtig in einer dortigen Buchdruckerei als Buchdruckmaschinenmeister thätig ist.

— Eine Acetylenexplosion fand dieser Tage im Bahnhofrestaurant **Sekdorf** bei Norderst. so daß die Küche vollständig ausbrannte. Die in der Küche befindlichen Personen (Restaurateur Fischer und Frau, sowie das Dienstmädchen) erlitten schwere Brandwunden. Außerdem zogen sich die beiden letzten genannten, als sie aus dem Fenster sprangen, Verstauchungen an den Füßen und am Rücken und dadurch, daß sie auf das Glas fielen, auch äußerliche Verletzungen zu.

— Einer alten Unsitte zum Opfer gefallen ist eine in **Barmbrunn** zum Besuche weilende Frau Stief. Vor einiger Zeit verletzte sich dieselbe leicht an der Hand und benutzte zur Stillung der Blutung, einer Leiber noch oft gebräuchlichen Unsitte gemäß, Spinnweben. Kurz darauf schwellte die Hand und der Arm derart an, daß infolge eingetretener Blutvergiftung der Arm amputirt werden mußte. Jetzt ist die Frau unter schweren Leiden verstorben.

— Am vorigen Sonntag verstarb im Institut für Infektionskrankheiten in Berlin der 7 Jahre alte Knabe Paul Richter an den Folgen der Wuthkrankheit; er war im vorigen Monat in **Lauter** von einem tollen Hunde gebissen worden.

— In **Zwönitz** brach am Mittwoch Vormittag 1/10 Uhr in der Bahnhofstraße im Hause des Gutmachers Wolf Feuer aus, welches trotz der Windstille 6 Häuser mit Nebengebäuden zerstörte. 20 Familien, meist Geschäftslente, sind obdachlos. Die große Kälte und die bedeutende Menge des Schnees erschweren die Rettungsarbeit sehr. Wäre nicht das Wasser des städtischen Wasserwerkes bis zuletzt ausgiebig gewesen, so hätten selbst die neuen Gebäude der gegenüberliegenden Front in Gefahr kommen und das Feuer sich bis auf den Markt fortplanzen können. Da in der Stadt die Wohnungen schon vorher selten waren, wird es Mühe machen, die Obdachlosen einigermaßen unterzubringen. Von ihnen dürfte auch eine Anzahl nicht verschert haben.

— **Altenburg**, 20. Februar. Infolge Erkrankung einzelner Mitglieder des hiesigen Hoftheaterverbands hat den für diese Woche entworfenen Spielplan nicht innegehalten werden können, und so kann auch der für Mittwoch und Freitag in Aussicht genommene 3. Theil der „Nibelungen“

nicht aufgeführt werden. — Nachdem die Summe der hälftig vergebenen Altenburger Stadtanleihe so ziemlich aufgebraucht worden ist, finden jetzt Unterhandlungen wegen Auflegung der zweiten Hälfte im Betrage von 1 1/2 Million Mark statt. — Das Altenburger Land hat ungefähr 1 1/3 Million Obstbäume. davon entfallen über 750,000 auf den Ostkreis und der Rest auf den Westkreis. Auf jeden Bewohner des Ostkreises kommen etwa 4 1/3, im Westkreise dagegen 10 1/2 Bäume. — Die Arbeiten für den hiesigen Schlachtviehhof wurden heute vergeben, so daß Aussicht vorhanden ist, daß der ganze Bau nun in Kürze zur Ausführung kommt.

— Bei **Uda** erlegte der Gutsbesitzer Griesbach dieser Tage einen Steinadler, eine in dortiger Gegend seltene Jagdbeute.

Deutscher Reichstag.

52. Sitzung vom 20. Februar.

1 1/2 Uhr: Am Bundesrathstische: Niemand. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Antrages Bargmann (fr. Bg.), betreffend Aufhebung der Theaterzensur.

Abg. Traeger (fr. Bg.): Drei Viesierungen sind bisher erschienen, zwei hier, die dritte im preussischen Abgeordnetenhaus, herausgegeben vom preussischen Minister des Innern. Öffentlich erscheint heute die letzte Ausgabe; aber wer kann es wissen. Vielleicht spricht morgen wieder Herr v. Rheinbaben in jenem andren Hause, und dann geht die Sache eben weiter! Dieses Hin- und Herschieben zwischen beiden Häusern ist weder angenehm noch angemessen. Das bringt mich auf die Frage der Zuständigkeit des Reichstages zu dieser Angelegenheit. Mein Freund Müller-Reiningen und Herr Bassermann haben diese Zuständigkeit zweifellos nachgewiesen. Meines Erachtens läßt sich ja, so lange sich das Reich nicht dieser Theaterzensur-Frage bemächtigt hat, ein gewisses Recht der einzelstaatlichen Regierungen auf diesem Gebiete nicht in Abrede stellen. Anders aber liegt die Sache, sobald das Reich dazu Stellung genommen hat. Herr Rörs sprach von der jämmerlichen Haltung der Regierung bei der lex Feinge. Aber wenn die Regierung damals einem deutlich und nachdrücklich ausgesprochenen Volkswillen oder Volksunwillen nachgab, so hat sie damit nur Ehre eingelegt und nicht Schimpf geerntet. Was soll die Censur, was will sie, was kann sie? Nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts soll nicht der Inhalt des Stückes, sondern seine voraussetzliche Wirkung auf das Publikum maßgebend sein für die Censur. Das kann aber Niemand voraussehen, und deshalb muß auch das Collegium Sachverständiger, das von einer Seite vorgelesen ist, versagen. Der polizeiliche Kampf gegen „Nichtungen“ sei ganz verfehlt und vergeblich. Auch der deutsche Bundesstag sah es bekanntlich als seine Hauptaufgabe an, Richtungen zu unterdrücken. Aber trotz aller Interdicte gelang es nicht. Und wie stellen Sie sich gegenüber solchen Bestrebungen die Stellung eines unsrer größten Dichter vor. Gibt es revolutionäre Dichtungen als die Räuber, als Cabale und Liebe, als Don Carlos? Und gerade diese Dichtungen haben das geistige Streben unseres Volkes verliert. Die Gedankenfreiheit, die wir für die Presse haben, wollen wir auch für die Bühne haben. Der Censor kann gar nicht über die Kunst urtheilen. Die Polizei ist in der Kunst wie die Kuh im Porzellanladen, sie zertrümmert Alles, wohin sie tritt. Die Censur erreicht auch gar nicht ihren Zweck, denn gerade durch sie wird das Publikum oft erst auf Sachen aufmerksam gemacht, auf die es sonst garnicht geachtet hätte. Zur Einigung Deutschlands habe die Bühne nicht zum wenigsten beigetragen. So gut wie einst die Pressefreiheit zur Wirklichkeit geworden ist, ebenso wird auch die Zeit kommen, wo für die Bühne die Censurfreiheit zur Wahrheit werden wird.

Abg. Stockmann (fr. cons.) verwahrt sich gegen den ihm neuerlich von Bassermann gemachten Vorwurf, über die hervorragenden Männer, die dem Goethe-Bunde angehören, mit Hinfeljuden hinweggegangen zu sein. Thatsächlich fährt der Goethe-Bund unter falscher Flagge. An einen Gott habe Goethe immer geglaubt, und namentlich gegen Schluß seines Lebens sei er dem Christenthum immer näher gekommen. Siehe er das alles in Erwägung, so glaube er nicht, daß der Goethebund im Goetheschen Sinne gehandelt habe. Für die Censurfrage seien die Einzelstaaten zuständig, nicht das Reich; deshalb lehnten seine Freunde den Antrag ab.

Nunmehr wird ein Schlußantrag angenommen. Das Schlußwort erhält

Abg. Müller-Reiningen (fr. Bg.). Derselbe weist zunächst darauf hin, daß der Bundesrath heute ganz unbelegt sei. Auch Minister v. Rheinbaben sei wieder nicht erschienen, sondern habe sich darauf beschränkt, ihn im preussischen Abgeordnetenhaus anzugreifen. Weshalb ist der Minister nicht hier? Man kann sich das unschwer erklären, wenn man sich erinnert, daß auch der preussische Justizminister auf die Ausführung des Abg. Heine im Reichstage nicht hier, sondern im Abgeordnetenhaus geantwortet hat, und dies damit motivirt hat, er wolle sich nicht überraschen lassen, sich nicht zum Kugelfang der Socialdemokratie hergeben. Für Herrn v. Rheinbaben ist offenbar der Hauptgrund, weshalb er nicht hierher kommt, daß er hier nicht den günstigen Resonanzboden findet, wie im Abgeordnetenhaus. Gielte die Reichsregierung unsern Antrag für nicht zur Zuständigkeit des Reiches gehörig, so würde sie doch eben so gut hier amtlich erklären können, wie beim Toleranzantrag des Centrums. Andererseits ist ja, als das Abgeordnetenhaus sich mit dem Zolltarif beschäftigte, für den doch nur das Reich competent ist, der Reichsfinanzminister im Abgeordnetenhaus erschienen. Weiter wendet sich Redner gegen die rechtlichen Darlegungen des Ministers v. Rheinbaben bezüglich der Kompetenz der Einzelstaaten in Sachen der Theaterzensur. Rheinbaben habe sich überhaupt nur gestützt auf die einschlägigen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, deren Gründe doch von ihm in seiner ersten Rede heute vor drei Wochen widerlegt worden seien. Auch materiell sei zur Rechtfertigung der Censur während der gesammten Verhandlungen darüber nicht das Mindeste vorgebracht worden. Wie unmöglich es sei, auf dem Gebiete der Kunst den Censor zu spielen, habe man ja aus dem neulichen Vorfall gesehen, wo der etwas nervöse Bundesrathskommissar den Ausdruck „geprüfte Jungfer“ als Schweinerei bezeichnet. Was wird der Herr Commissar denn zu Herrn Kropatschek sagen, in dessen „Kreuz-Ztg.“ ein Injunctand des Inhalts: Stellung sucht eine allen Anprüchen genügende angehende Jungfer. (Heiterkeit.) Bei

den weiteren Ausführungen des Redners tritt lebhafter Unruhe auf den Bänken der Rechten ein, so daß Redner sich zur Rechten wendet mit den Worten: Glauben Sie doch nicht, daß Sie sich hier im Abgeordnetenhaus befinden! (Beifallrufe links.) Ich werde mich durch ihre Unterhaltungen und Zurufe nicht einen Augenblick abhalten lassen, dem Herrn v. Rheinbaben zu antworten, was ich zu antworten habe.

Nunmehr ist abzustimmen über den Antrag Bassermann, den Antrag Bargmann betreffend Aufhebung der Theaterzensur einer Commission zu überweisen. Für diesen Antrag stimmt die ganze Linke, gegen ihn Rechte und Centrum. Da die Linke verhältnismäßig stark besetzt ist, bleibt das Abstimmungsergebnis zweifelhaft, so daß Zählung erfolgen muß. Diese ergibt 74 für, 73 gegen den Antrag. Das Haus ist also beschlußunfähig. Schluß 3 Uhr 50 Min.

Nächste Sitzung 4 1/2 Uhr. Tagesordnung Diätenantrag.

Um 4 1/2 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet. Der Antrag Gröber und Gen. will Artikel 32 der Reichsverfassung dahin ändern, daß den Abgeordneten Anwesenheitsgelder, 20 Mark pro Tag, für die Dauer ihrer Anwesenheit bei den Sitzungen gezahlt werden. Etwaige Landtagsdiäten, die ein Abgeordneter bekommt, sollen in Abrechnung gebracht werden. Außerdem soll den Abgeordneten freie Fahrt auf den Eisenbahnen gewährt werden.

Abg. Groeber (Str.) empfiehlt den Antrag im Interesse einer Verbesserung der Präsenz. Er theilt mit, wie auch schon früher, beispielsweise in den 70er Jahren, wo die Sessionen noch viel kürzer waren, das Leiden der Beschlußunfähigkeit chronisch gewesen sei. Jetzt bei den langen Sessionen gebe es gegen dies Leiden kein anderes Mittel mehr als Anwesenheitsgelder. Die freie Eisenbahnfahrt sei natürlich nur gedacht für die Zeit, wo der Reichstag versammelt ist.

Abg. Bassermann (nl.) tritt für den Antrag ein unter besonderer Hervorhebung des Umstandes, daß die Wähler in der Auswahl ihrer Abgeordneten bei der jetzigen Länge der Sessionen so wie so beschränkt seien. Manich einer könne zum Reichstag überhaupt nur kandidiren, wenn er gleichzeitig Mitglied des Abgeordnetenhauses sei und dort Diäten erhalte. Redner beantragt Verweisung des Antrages an eine Commission.

Abg. v. Tiedemann (frcons.) stimmt dem zu, erklärt aber, daß seine Freunde sich an der Beratung des Antrages nicht betheiligen würden.

Abg. Bachnicke (fr. Brg.) spricht sich namens seiner Freunde entschieden für den Antrag aus, dessen Annahme durch den Bundesrath er erwarte.

Abg. Rettich (cons.) erklärt, daß ein Theil seiner Freunde dem Antrage zustimme, aber nur unter Vorbehalt bezüglich des Details; ein anderer Theil lehne ihn ab.

Abg. Bebel (Socdem.) meint, die Regierung habe sich bisher hauptsächlich wegen seiner Partei ablehnend zur Diätenfrage verhalten. Im übrigen wünscht er schnelle Annahme des Antrages.

Abg. Gräfe (Antsem.) stimmt mit seinen Freunden für den Antrag, desgl. Abg. Müller-Sagan (fr. Bp.), welcher noch bemerkt, wenn die Regierung Vernunft habe, so müsse sie den Antrag annehmen.

Präsident Graf Ballestrem: Die Verbündeten Regierungen haben immer Vernunft. (Stürmische Heiterkeit.)

Nachdem sich noch die Abgg. Kaufmann (südd. Bg.) und Köllingen (Wasser) für den Antrag ausgesprochen, geht dieser an die Commission.

Donnerstag 1 Uhr: Postetat, Reichsdruckerei, Petitionen. Schluß 6 Uhr.

Bermischtes.

Allelei. Die Weltausstellung, die 1903 in St. Louis in Nordamerika stattfinden soll, ist nunmehr gesichert. Die Stadt sowohl wie der Congress haben je 2 Mill. Mk. dafür bewilligt. — Der Herzog der Abruzzen gedenkt seine neue Nordpolfahrt im nächsten Jahre anzutreten. — Im Südwesten Rußlands sind verschiedene Eisenbahnen verschneit. 5000 Mann arbeiten Tag und Nacht, um den Verkehr wiederherzustellen. — Eine hochherzige Spende für wissenschaftliche Zwecke machte der Bankier Georg Speyer in Frankfurt a. M. Die Höhe dieser Spende beläuft sich auf nicht weniger als 1 Mill. Mk. — In London nimmt die Trunksucht unter den Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen in erschreckender Weise zu. Die Zahl der Fälle, daß Mädchen unter 20 Jahren wegen sinnloser Trunksucht verhaftet und bestraft werden mußten, ist von 1300 Fällen im Jahre 1899 auf über 4000 Fälle im letzten Jahre gestiegen. Dabei legt die Londoner Polizei eine Langmuth an den Tag, die in anderen Ländern für undegreiflich gehalten werden würde.

Telegramme.

Berlin, 21. Februar. Das Befinden des Abg. Ridert hat sich, wie der „Berl. Börsencourier“ erfährt, neuerdings weiter gebessert, und der Kranke nimmt Antheil an den öffentlichen Vorgängen. Sein Aufenthalt im Süden soll beginnen, sobald die Witterung in Oberitalien wärmer geworden ist.

Berlin, 21. Februar. Nach einem Telegramm der „Post-Ztg.“ aus London besagt eine Befehlsweisung von „Doffaus Bureau“ vom 14. Februar: Die Hungersucht und Fehling ließen bei den Gesandten anfragen, ob das Verlangen nach den Köpfen Tschaoschat-schiaos und Jing-w-cuis (?) befriedigt sein würde, wenn diese beiden gezwungen sein würden, Selbstmord zu verüben; in diesem Falle würde wahrscheinlich in einigen Tagen ein Edikt des Kaisers erlassen werden, das den Forderungen der Mächte hinsichtlich der Bestrafung der Schuldigen möglichst entsprechen. Die Antwort der Gesandten war, daß diese Selbstmorde ihnen genügen würden, wenn die